

## **KUBA: KAUM VERÄNDERUNGEN SEIT DEM WECHSEL IN DER PRÄSIDENTSCHAFT UND DER NEUEN VERFASSUNG**

Am 19. April 2018 wurde Miguel Díaz-Canel neuer Präsident Kubas. Zum ersten Mal seit 60 Jahren ist ein Castro nicht mehr der Staats- und Regierungschef. Der Führungswechsel wurde als Gelegenheit gesehen, den Wandel der Menschenrechte im Land zu fördern.

Die ersten Monate der Verwaltung des Díaz-Canels haben diese Erwartungen nicht bestätigt. Nachdem bereits durch den Machtwechsel in den USA die Verbesserungen durch die angefangene Annäherung zu Zeiten Castros und Obama weitgehend gestoppt bzw. teilweise sogar durch die USA rückgängig gemacht wurden, hat sich leider auch die Entwicklung auf Kuba nicht positiv weiterentwickelt.

Im Mai 2018 lehnte die neue Regierung bei der Allgemeinen Regelmäßigen Überprüfung Kubas in Genf eine Vielzahl von Empfehlungen der UN-Mitgliedstaaten zur Ratifizierung wichtiger Menschenrechtsverträge und zur Einreise internationaler Beobachter\_innen auf der Insel weiterhin ab. Die Behörden lehnten auch mehrere Empfehlungen ab, um die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken und ihr Strafrecht mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen.

Im September 2018, während des UPR-Ergebnistreffens, reagierte die kubanische Regierung schließlich auf die zahlreichen Anträge von Amnesty International auf Einreise in das Land und erklärte: "Amnesty International wird nicht nach Kuba einreisen." Kuba ist nach wie vor das einzige Land in Amerika, zu dem Amnesty International seit über 20 Jahren keinen Zugang hat.

Kurz nach der Vereidigung kündigte Díaz-Canel die Reform der kubanischen Verfassung an. Die öffentlichen Konsultationen zur Reform fanden bis zum 15. November 2018 statt, und am 24.04.2019 haben die Kubaner\_innen in einem Referendum die neue Verfassung gebilligt. Sie haben sich mit deutlicher Mehrheit für die neue Verfassung ausgesprochen. Rund 6,8 Millionen Menschen und damit rund 87 Prozent der Teilnehmer\_innen stimmten bei dem Referendum für die Verfassungsreform, wie die Wahlkommission in Havanna mitteilte. Die Verfassung sieht unter anderem vor, dass ein Präsident nur noch zehn Jahre im Amt bleiben darf. Das Amt des Ministerpräsidenten wird erstmals seit 1976 wieder eingeführt. Die absolute Macht der Kommunistischen Partei wird allerdings nicht angetastet - sie bleibt die einzige legale politische Kraft.

Auch das Streben nach einer kommunistischen Gesellschaft blieb im Text erhalten. Neu ist der Begriff des privaten Eigentums, der in der Verfassung verankert wurde. Zudem werden ausländische Investitionen als wichtiger Faktor des Wirtschaftswachstums anerkannt. Der ursprünglich geplante Paragraf zur Möglichkeit der gleichgeschlechtlichen Ehe wurde wieder entfernt und soll extra behandelt werden.

Die Situation der Kurzzeithaftierungen hat sich gegenüber den Vorjahren, in denen die Zahl der Inhaftierten stetig stieg, gebessert, aber es wurde nach wie vor über 2000 Inhaftierungen in 2018 berichtet.

Das Dekret 349, eines der ersten Gesetze, das der neue kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel im April 2018 unterzeichnet hat, zensiert den Künstler\_innen, indem es die

künstlerische Meinungsfreiheit einschränkt. Kubanische Künstler\_innen, die gegen das Dekret gekämpft haben, wurden festgenommen wegen protestierend, laut Medienberichten. Seit den 1980er Jahren dokumentiert Amnesty International die Schikanen und willkürliche Inhaftierung unabhängiger Künstler\_innen in Kuba, nur weil sie ihre Ansichten friedlich in der Kunst zum Ausdruck gebracht haben. Es beinhaltet:

- das Verbot künstlerischer Ausdrucksformen, die der Staat für "obszön", "vulgär" oder "schädlich für ethische und kulturelle Werte" hält.
- zwingt die Künstler\_innen, eine vorherige Genehmigung des Kulturministeriums einzuholen. Von Künstler\_innen, die ohne sie arbeiten, können ihre Materialien beschlagnahmt oder sie mit einer erheblichen Geldstrafe belegt werden.

Die kubanischen Behörden haben öffentlich argumentiert, dass das Dekret 349 darauf abzielt, die kubanische Gesellschaft vor "Mittelmäßigkeit" und "Banalität" in der Kunst zu schützen. In Wirklichkeit zielt sie ausdrücklich darauf ab, den künstlerischen Ausdruck mit der "Kulturpolitik des Staates" in Einklang zu bringen. Dieser Ansatz, die den Staat als Schiedsrichter für den guten Geschmack und die gute Kunst positioniert, steht im Widerspruch zum internationalen Menschenrechtsgesetz.

Das Dekret 349 ist am 7. Dezember 2018 in Kraft getreten. Es ist noch nicht in Kraft, da ergänzende Gesetze erst erlassen werden müssen, die die Umsetzung steuern.

Während dieses Prozesses fordert Amnesty die Behörden auf, umfassendere Konsultationen durchzuführen, auch mit kritischen unabhängigen Künstlern\_innen, und die Umsetzung des Gesetzes zu stoppen.

1. Das Dekret 349 ist eine Gesetzgebung, die Künstler\_innen auf der Insel zensiert.
2. Die Führung Kubas mag sich geändert haben, aber Zensur gegenüber Künstler\_innen und Einschränkungen des künstlerischen Ausdrucks sind nach wie vor die Regel. Ist es das, was die Regierung unter Kontinuität versteht?
3. Anstatt ihre übertrieben Kontrolle über Künstler\_innen zu festigen, sollten die kubanischen Behörden schrittweise Änderungen zum Schutz der Menschenrechte vornehmen.
4. Amnesty bekundet seine Solidarität mit allen unabhängigen Künstler\_innen in Kuba, die sich für einen Raum einsetzen, in dem sie frei und ohne Angst vor Repressalien arbeiten können.

Im Dezember 2018 gab die kubanische Regierung bekannt, dass auf der Insel erstmals Internetdienste für die mobile Nutzung zur Verfügung stehen. Das Internet wird jedoch immer noch von der Regierung kontrolliert und zensiert. Wenige Monate vor dieser Ankündigung haben Präsident Díaz-Canel und andere hochrangige Regierungsbeamte Twitter-Konten eingerichtet. Sie haben den Hashtag #SomosContinuidad ("We are continuity") geschaffen, um ihre eigene Rhetorik zu vereinheitlichen und in Social Media zu präsentieren. Der Präsident nutzt diesen Kommunikationsweg zwischenzeitlich sehr häufig, gerne mit den Worten: #SomosCuba. #SomosContinuidad. (Wir sind Kuba. Wir sind Beständigkeit).